

und zu laufenden Preisen erfaßt (Beiträge der Bundesländer zum nominellen Brutto-Nationalprodukt der Gesamtwirtschaft).

Die *Entstehungsrechnung* wurde gewählt, weil hierfür die relativ besten Daten vorliegen. Sie hat außerdem den sachlichen Vorzug, daß sie über die Wirtschaftsstruktur und den Leistungsfortschritt der einzelnen Wirtschaftsbereiche informiert. Die Verteilungsrechnung kann in absehbarer Zeit mit den verfügbaren Statistiken nachgeholt werden. Mit der Verwendungsrechnung wird erst begonnen werden können, wenn neue und bessere regionalstatistische Daten (insbesondere über die interregionalen Güter- und Leistungsströme) vorliegen.

Für die *nominelle Rechnung* sprachen ebenfalls statistische Erwägungen. Für wichtige Wirtschaftsbereiche lassen sich nur die nominellen Werte regional gliedern und die verfügbaren Preisreihen reichen für eine Deflationierung nicht aus. Der Verzicht auf eine reale Rechnung erscheint nur auf den ersten Blick schwerwiegend, weil das Wirtschaftswachstum üblicherweise in realen Größen gemessen wird. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Entwicklung der realen Produktion für Regionen nicht die gleiche Bedeutung hat wie für Volkswirtschaften.

Die Wirtschaft der Bundesländer ist stärker auf bestimmte Wirtschaftsbereiche spezialisiert und hängt mehr vom Außenhandel (mit anderen Bundesländern und mit dem Ausland) ab als die gesamt-österreichische Wirtschaft. Daraus folgt, daß das Wachstum der realen Produktion in den Bundesländern in hohem Maße von den branchen- oder bereichsspezifischen Möglichkeiten, die Arbeitsproduktivität zu steigern, bestimmt wird. Überdies sagt es nur wenig über die Entwicklung der Realeinkommen aus, da sich die Preisrelationen (die Austauschverhältnisse der regionsüberschreitenden Güter- und Leistungsströme) üblicherweise zu Gunsten von Bereichen mit geringem Produktivitätsfortschritt und zu Lasten von Bereichen mit hohem Produktivitätsfortschritt verschieben. Konkret gesprochen: Ein Industrieland kann seine Arbeitsproduktivität (und damit bei gegebenem Arbeitsvolumen auch seine reale Produktion) rascher steigern als ein Fremdenverkehrsland. Dennoch brauchen die Realeinkommen im Fremdenverkehrsland nicht nachzuhinken (oft eilen sie sogar voraus), da Dienstleistungen im Verhältnis zu Industrieprodukten immer teurer werden. Das Fremdenverkehrsland profitiert davon, daß es pro Einheit Dienstleistungsexporte zunehmend mehr Industriegüter importieren kann. Unter diesen Umständen sollten in realen Berechnungen neben dem Realprodukt auch das Realeinkommen erfaßt werden, wofür zunächst noch die notwendigen Daten fehlen (eine schematische Berechnung, die diesen

Sachverhalt verdeutlicht, findet sich im nächsten Abschnitt).

Die Produktion der Bundesländer wurde nach dem *Inlandskonzept* abgegrenzt, d. h. die wirtschaftlichen Leistungen wurden (im Gegensatz zum Inländerkonzept) dem Ort ihrer Entstehung zugerechnet, unabhängig davon, ob an ihrem Zustandekommen auch Gebietsfremde (zum Beispiel Einpendler aus einem anderen Bundesland) beteiligt waren. Diese räumliche Abgrenzung ist zu beachten, wenn Pro-Kopf-Zahlen (z. B. Produktion je Erwerbstätigen oder je Einwohner) berechnet werden. Als Maßstab für die Leistungen der einzelnen Wirtschaftszweige wurde ihre Wertschöpfung zu *Marktpreisen* gewählt (Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen). Diese Größe enthält außer den erwirtschafteten Faktoreinkommen die Abschreibungen und die indirekten Steuern.

Das Inlandsprodukt der Bundesländer wurde jährlich für den Zeitraum 1964 bis 1970 ermittelt. Das Jahr 1964 bot sich als Ausgangspunkt an, weil die nicht-landwirtschaftliche Betriebszählung dieses Jahres hinreichend genaue Unterlagen für die regionale Verteilung der wichtigsten Wirtschaftszweige bot. Die Daten für das Basisjahr und die Fortschreibungen für die folgenden Jahre wurden mit den gesamt-österreichischen Daten abgestimmt. Die Summe der Werte für die neun Bundesländer entspricht stets dem vergleichbaren Wert für das Bundesgebiet. Es ist vorgesehen, die regionale Gliederung jährlich im Anschluß an die vom Statistischen Zentralamt und vom Institut gemeinsam erstellte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das Bundesgebiet fortzuführen. Ebenso wie für Österreich sind auch für die Bundesländer die Daten für die letzten zwei Jahre vorläufig und werden nach Vorliegen zusätzlicher Statistiken berichtigt.

Inlandsprodukt und Wirtschaftsstruktur

Das Brutto-Nationalprodukt der österreichischen Wirtschaft betrug 1970 373,9 Mrd. S. Davon wurden 30% in Wien und insgesamt weitere 45% in den großflächigen Bundesländern Niederösterreich (17%), Oberösterreich (16%) und Steiermark (13%) erwirtschaftet. Die Anteile Tirols, Kärntens und Salzburgs lagen zwischen 6% und 7%. Vorarlberg trug 4% und das Burgenland 2% zum Brutto-Nationalprodukt bei.

Die regionalen Unterschiede im Inlandsprodukt beruhen zu einem Großteil darauf, daß Bevölkerung und Zahl der Erwerbstätigen sehr ungleich auf die Bundesländer verteilt sind. Es liegt daher nahe, *Kopfquoten* zu berechnen und die Bundesländer danach zu reihen. Die Ermittlung aussagekräftiger Kopfquoten ist mit den zur Zeit verfügbaren Statisti-

haupt. Verursacht wurde diese Entwicklung durch die ungenügende Versorgung der Nahrungsmittel- und der Leichtindustrie mit landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen, durch das relativ geringe Wachstum der Industrieinvestitionen in den letzten zwei Jahren sowie durch die verspätete Inbetriebnahme von neuen Industrieanlagen.

Industrieproduktion¹⁾

	1966/1970	1970	1971	1972	1971/1975 Plan
	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in %				
Bulgarien	11 0	9 7	9 1	8 3	9 2—9 9
ČSSR	6 8	8 5	6 9	6 4	6 0
DDR	6 6	6 5	5 5	6 3	6 0
Polen	8 4	8 5	8 3	10 8	8 5
Rumänien	11 8	12 0	11 6	11 7	11 0—12 0
Ungarn	6 2	7 2	4 9	5 6	5 7—6 0
UdSSR	8 5	8 5	7 7	6 5	8 0
Osteuropa (ohne UdSSR) ²⁾	8 1	8 4	7 4	8 3	7 7
Europäische RGW-Länder insgesamt ²⁾	8 4	8 4	7 6	7 0	7 9

¹⁾ Bruttowert einschließlich Vorleistungen. — ²⁾ Für die Gewichte der aggregierten Indizes siehe: Economic Survey of Europe in 1971 Part II New York 1972, S. 67.

In allen Ländern wuchsen die in der Planung bevorzugten Maschinenindustrie und chemische Industrie am stärksten, so daß sich die Industriestruktur weiterhin zugunsten dieser Zweige verschob. In der Sowjetunion erhöhten der Maschinenbau und die Chemie ihre Produktion um 11% und 9%, während die gesamte Industrie nur um 6½% zunahm. Innerhalb dieser Industriezweige entwickelten sich in mehreren Ländern besonders die Elektronik, die Automatisierungstechnik und die Petrochemie. In einigen Ländern wurden jedoch die Fortschritte bei

wichtigen petrochemischen Produkten als ungenügend betrachtet.

In einigen Ländern näherte sich die Wachstumsrate in der Verbrauchsgütererzeugung (Gruppe B)¹⁾ der Wachstumsrate im Produktionsgüterbereich (Gruppe A) weiter an. (Die Unterscheidung zwischen den Gruppen A und B hat in industriell höher entwickelten Ländern mit einem relativ starken Außenhandel, wie in der ČSSR und DDR, allerdings nur geringe Bedeutung.) In Polen wuchs die Gruppe B (11%) sogar rascher als die Gruppe A (10%). In der Sowjetunion konnte die seit einigen Jahren verfolgte Absicht, die Verbrauchsgütererzeugung überdurchschnittlich zu erhöhen, im Jahre 1972 nicht verwirklicht werden, die Gruppe A (6,8%) wuchs wieder stärker als die Gruppe B (6%). Die Wachstumsraten der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie (je 3%) lagen weit unter dem gesamtindustriellen Durchschnitt. Das schwächere Wachstum der Nahrungsmittelindustrie und zum Teil auch der Leichtindustrie ist vorwiegend auf die ungünstige Entwicklung in der Landwirtschaft zurückzuführen.

Die Beschäftigung in der Industrie erhöhte sich in den meisten Ländern um 1% bis 2%. In Polen und Rumänien wuchs die Beschäftigung um über 4%, da, wie in den 60er Jahren, im größeren Umfang junge Arbeitskräfte zur Verfügung standen. In der UdSSR und in Bulgarien nimmt die Beschäftigung in der Industrie nur noch mäßig zu. In der DDR erhöhte sich die Zahl der in der Industrie Beschäftigten im Jahre 1972, im Vergleich zu den Vorjahren, auffallend stark. Vermutlich handelt es sich um Arbeitskräfte, die aus privaten und halbprivaten Kleinbetrieben in die verstaatlichte Industrie überführt und bisher in der Industriestatistik nicht ganz erfaßt wurden. In Ungarn, wo die Betriebe über die Einstellung von Arbeitskräften autonom entscheiden, ging die Beschäftigung in der Industrie in den letzten beiden Jahren um je 1% zurück.

Der Zuwachs der Arbeitsproduktivität in der Industrie war 1972 in den einzelnen osteuropäischen Ländern (außer in der UdSSR und ČSSR) höher oder zumindest gleich hoch wie im Vorjahr. In Osteuropa (ohne UdSSR) insgesamt wuchs die Arbeitsproduktivität schneller als im Vorjahr. In den einzelnen Ländern bewegte sich die Produktivitätssteigerung in engen Grenzen zwischen 5% und 7%, die viel größeren Unterschiede des Produktionswachstums sind daher hauptsächlich auf die unter-

Wachstum der Maschinen- und Chemieindustrie

	1966/1970	1970	1971	1972	1971/1975 Plan
	Industriewachstum insgesamt = 1				
Bulgarien					
Maschinenbau	1 4	1 4	1 6	1 7	
Chemie	1 9	2 4	0 8		
ČSSR					
Maschinenbau	1 4	1 1	1 2	1 2	1 2
Chemie	1 4	1 4	1 6	1 6	1 5
DDR					
Maschinenbau	1 2	1 2	1 2	1 1	1 4
Chemie	1 0	1 0	0 8	1 3	1 3
Polen					
Maschinenbau	1 5	1 5	1 5	1 2	1 3
Chemie	1 6	1 4	1	1 1	1 2
Rumänien					
Maschinenbau	1 3	1 3	1 4	1 4	1 3
Chemie	1 8	2 1	1 3	1 0	1 5
Ungarn					
Maschinenbau	1 3	1 2	1 5	1 1	1 0
Chemie	1 9	2 1	2 2	2 1	1 5
UdSSR					
Maschinenbau	1 4	1 3	1 4	1 7	1 4
Chemie	1 4	1 4	1 3	1 4	1 4

¹⁾ Die RGW-Industriestatistik bezeichnet die Erzeugung von Produktionsmitteln (Maschinen, Ausrüstungen, Roh- und Werkstoffen) als Gruppe A und die Erzeugung von Verbrauchsgütern als Gruppe B. Diese Unterscheidung soll nicht verwechselt werden mit der Gliederung nach Schwer- und Leichtindustrie.

ten Eigenschaften geführt, die sehr gute Zukunftsaussichten haben. Die Eigenschaften der Kunststoffe sind noch nicht ganz erforscht und erprobt. Da ihr Preis in Relation zum Aluminium auch in Zukunft fallende Tendenz haben dürfte, ist eine zunehmende Verwendung und starke Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Aluminium zu erwarten.

Noch Anfang der fünfziger Jahre bestanden außerhalb der hochindustrialisierten Länder Nordamerikas und Westeuropas nur relativ geringfügige Produktionskapazitäten für Rohaluminium. 1971 erzeugten diese beiden Regionen jedoch nur noch 79% der Weltproduktion. In Japan und Australien sowie in einer Reihe von Entwicklungsländern wurden teils bedeutende Hüttenanlagen aufgebaut.

Übersicht 2

Entwicklung der Preise für Aluminium, Stahl, Kupfer und Kunststoffe 1960 bis 1970

	Weltmarkt	Österreich
	Jährliche Veränderung in %	
Aluminium ¹⁾	+1 8	+2 0
Stahl ²⁾	+1 5	+3 4
Kupfer ³⁾	+9 1	+7 2
Kunststoffe ⁴⁾	-1 9	-5 1

¹⁾ Kanadischer Exportpreis frei europäisches Käuferwerk; österreichischer Erzeugerpreis. — ²⁾ Stabstahl, Thomasgüte, westeuropäischer Exportpreis fob Verschiffungshafen; Stabstahl, österreichischer Erzeugerpreis. — ³⁾ Elektrolytkupfer, Kassa, Übernahme im Lager, London; Elektrolytkupfer, Hütte Brixlegg. — ⁴⁾ Index der deutschen Ausführpreise; gewogener Index der österreichischen Erzeugerpreise für diverse Kunststoffe.

Tendenzen der Nachfrage

Fahrzeugbau

Die Chancen des Aluminiums im Fahrzeugbau, besonders bei Automobilen, werden in Europa günstiger beurteilt als in den USA. Einmal ist hier der Automarkt noch auf längere Sicht nicht gesättigt, andererseits sind europäische Konstrukteure der Verwendung dieses Metalls offenbar aufgeschlossener als amerikanische. Man hofft, daß die Verwendung von Aluminium für die Herstellung von Motorblocks und Kühler die Nachfrage erheblich steigern kann, sobald alle technischen Probleme gelöst sind. Die Gefahr, daß es durch Kunststoffe verdrängt würde, gilt nur für kleinere konstruktive Elemente, weil Kunststoffe gewissen technischen Anforderungen (Zugfestigkeit) häufig nicht genügen. Im gesamten OECD-Raum war der Fahrzeugbau noch 1970 der größte Verbraucher von Aluminium (22%). In den meisten westeuropäischen Ländern und in den USA war aber die Elastizität des Aluminiumverbrauches bezogen auf die Fahrzeugproduktion (Elastizität 1'1) niedriger als die in bezug auf die gesamte Aluminiumproduktion.

In Österreich ist der Anteil des Fahrzeugbaues an der Gesamtnachfrage nach Aluminium ziemlich niedrig (10%). Die Produktion von Kraftfahrzeugen ist hier relativ gering, der Schwerpunkt liegt bei den Nutzfahrzeugen, deren Aufbauten und neuerdings auch Chassis aus Aluminium hergestellt werden können. Die Verwendung von Aluminium im Fahrzeugbau hat in Österreich in den sechziger Jahren raschere Fortschritte gemacht als in den westeuropäischen Ländern. Die Elastizität lag in den letzten fünf Jahren bei 2'9.

Bauwesen

Die Verwendung von Aluminium im Bauwesen hat in Westeuropa in den letzten zehn Jahren kräftig zugenommen. Als Rohstoff für Fenster, Türen, Wandverkleidungen, Klimaanlage, Jalousien, Fassadenelemente und viele andere Zwecke hat es herkömmliche Bauteile, vor allem Holz, in hohem Maße ersetzt. Heute nimmt die Bauwirtschaft in den USA rund ein Viertel, in Westeuropa 15% bis 20%, in Österreich 9% des Aluminiums auf. Die Wachstumsraten sind in den meisten Ländern, ausgenommen den USA, wo schon eine gewisse Sättigung spürbar ist, merklich höher als die des Gesamtverbrauches an Aluminium.

Beim Pro-Kopf-Verbrauch von Aluminium im Bauwesen zeigt sich eine Korrelation mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsstand (gemessen am Nationalprodukt je Kopf). Der Verbrauch in Österreich von 1970 (1'2 kg je Einwohner) war niedriger als der in den USA (4'9 kg), Schweden, der Schweiz (2'5 kg), Deutschland (1'8 kg), den Niederlanden (1'8 kg) und Belgien (1'6 kg), aber höher als in Italien (1'0 kg).

Maschinenbau und Elektrotechnik

Im Maschinenbau und bei den elektrotechnischen Produkten findet ein Substitutionsprozeß zugunsten von Aluminium statt, hauptsächlich auf Grund des geringeren Gewichtes (verglichen mit Stahl) und des niedrigeren sowie stabileren Preises (verglichen mit Kupfer). Im Maschinenbau ist allerdings in letzter Zeit ein gewisser Einbruch der Kunststoffe festzustellen gewesen.

Bei der Verwendung für die Elektrotechnik war der Verbrauch in Österreich in den sechziger Jahren relativ hoch und erreichte gleichzeitig kräftige Zuwachsraten. Die hauptsächlichen Anwendungsgebiete sind Freileitungen, Akkumulatoren, Generatoren, Schaltgeräte sowie Kleinmaterial. Die Elektroindustrie und der Maschinenbau zählen in Österreich zu den expansivsten Industriesparten, die re-

so daß der Auslandsmarkt in geringerem Maße nur als Ersatz für einen zu kleinen Binnenmarkt angesehen wird.

- Der Einfluß des inländischen Kapazitätsspielraumes auf die Schwankungen des Ausfuhrwachstums ist so gering, daß er von der Auslandsnachfrage überdeckt wird. Oft wird der inländische Einfluß allerdings durch mäßig konjunkturabhängige Größen repräsentiert, die den Kapazitätseffekt nur indirekt enthalten. Wenn etwa die Verbraucherpreise, die selbst schon der allgemeinen Konjunktur nachhinken, sich erst nach einem halben Jahr auf die Exporte auswirken, wird nur noch ein Teil ihres Einflusses als Kapazitätseffekt anzusehen sein, teilweise wird es sich um einen echten Preiseffekt handeln: Eine Steigerung des Binnenpreinsniveaus dämpft die Exporte nicht nur, weil sich darin der inländische Nachfragedruck spiegelt, sondern auch wegen der damit verbundenen Verteuerung der Produktion.
- Steigen die österreichischen Exportpreise stärker als die Einfuhrpreise im Ausland, wirkt dies leicht restriktiv auf die Ausfuhr. Dieser Einfluß ist jedoch ebenfalls gering. Im übrigen sind vor allem die Ergebnisse in bezug auf die Außenhandelspreise mit Vorsicht zu interpretieren, da sie auf den nicht immer aussagekräftigen Außenhandelswerten je Mengeneinheit beruhen. Darin ist aber neben der Preiskomponente auch eine Strukturkomponente enthalten, in der sich auch Qualitätsänderungen niederschlagen. Die Koeffizienten dieser Durchschnittswertreihen sind daher nicht als Preiselastizitäten im üblichen Sinn zu verstehen.

2. Allgemeine Grundlagen und Erstellung des Exportmodells

2.1 Allgemeines

In der Vergangenheit wurden die Exporte in gesamtwirtschaftlichen Modellen häufig als exogene Größe behandelt. Es wurde somit angenommen, daß die Ausfuhr von autonomen, nicht durch das Modell bestimmten Faktoren abhängt¹⁾. Diese Betrachtungsweise ist insofern gerechtfertigt, als die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland, die in Nachfragefunktionen für Exporte die wichtigste Bestimmungsgröße darstellt, in den meisten Modellen system-exogen ist²⁾. Da aber die Exporte auch durch binnenwirt-

schaftliche Faktoren beeinflußt werden, ist es doch zweckmäßig, die Ausfuhr in Form von Verhaltensgleichungen in ein gesamtwirtschaftliches Modell eingehen zu lassen. In der neueren Literatur wird dieser Aspekt verstärkt berücksichtigt³⁾.

Betrachtet man die gesamte Außenhandelstheorie als eine Summe von Spezialtheorien, die aus der allgemeinen Wirtschaftstheorie entlehnt und den besonderen Verhältnissen außenwirtschaftlicher Beziehungen angepaßt wurden⁴⁾, dann wird verständlich, daß es praktisch keine selbständige und ausgebaute Theorie der Export- und Importfunktionen gibt⁵⁾. So sagt etwa *Prachowny*, daß die Importfunktion grob gesprochen nichts anderes sei als ein Spezialfall der Konsumfunktion⁶⁾. Verallgemeinernd wäre hier zu ergänzen, daß sich Importfunktionen (und Exportfunktionen als ihr Spiegelbild) in ihrer theoretischen Grundkonzeption meist an verwandte Funktionenmodelle für die Binnenwirtschaft anlehnen. Dann ähnelt zumindest die Importfunktion für Konsumgüter stark der allgemeinen Konsumfunktion und die für Investitionsgüter der allgemeinen Investitionsfunktion.

Für Exportfunktionen ist diese Beziehung um einige Nuancen weniger ausgeprägt, da die Spiegelbildwirkung zwischen Einfuhr und Ausfuhr nicht für alle Einflüsse in gleicher Weise gilt. Je höher man aggregiert, desto stärker treten die Verschiedenheiten zutage. Der Markt für die gesamte Ausfuhr eines Landes wird im allgemeinen weniger homogen sein, als dies für seine Importe der Fall ist: einer Vielzahl nachfragender Länder (mit unterschiedlicher Konjunkturlage und Wirtschaftspolitik) in der Ausfuhr steht ein einzelnes Land in der Einfuhr gegenüber. Daher sind auch Exportfunktionen weniger direkt an binnenwirtschaftliche Funktionenmodelle angelehnt. So wird etwa die für Importfunktionen vorherrschende Disaggregation nach Warengruppen in Exportfunktionen häufig durch eine regionale Gliederung ersetzt. Exportfunktionen nach Warengruppen werden vielfach nur dann geschätzt, wenn sie sich auf einen regional begrenzten Absatzmarkt beziehen.

Auf Grund dieser Unterschiede soll in den folgenden Abschnitten auf einige Probleme näher eingegangen werden, die sich bei der Erstellung eines Modells für Exportfunktionen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in Österreich ergeben.

¹⁾ So etwa bei *D. Lüdecke*, Ein ökonometrisches Vierteljahresmodell für die Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969.

²⁾ Vergleiche hingegen die Versuche des Holländischen Zentralplanbüros, die Auslandsnachfrage durch Submodelle zu erklären

³⁾ Unter anderem von *W. Krelle*, *G. Beckerhoff*, *H. G. Langer*, *H. Fuß*, Ein Prognosesystem für die wirtschaftliche Entwicklung der BRD, Meisenheim am Glan 1969.

⁴⁾ Siehe etwa *K. Rose* (Hrsg.), Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Köln - Berlin 1966, S. 13

⁵⁾ *W. Krelle et al.*, op. cit., S. 273.

⁶⁾ *M. F. J. Prachowny*, A Structural Model of the U.S. Balance of Payments, Amsterdam-London 1969, S. 18.

weniger als 1963. Damit wird der gegenwärtige Aufschwung schon bald an Kapazitätsgrenzen stoßen. Drittens schließlich schwächte sich der Preisauftrieb während der letzten Wachstumsverlangsamung — wie der obere Teil von Abbildung 1 zeigt — im Gegensatz zu früher nicht ab und beschleunigte sich sofort mit den ersten Anzeichen einer Konjunkturbelebung.

Die hohe Kapazitätsauslastung und der kräftige Preisauftrieb am Beginn des Aufschwunges sind zwar für die Entwicklung 1973 noch ohne größere Bedeutung, werden aber 1974 Konjunkturlage und Konjunkturpolitik bestimmen. Wachstumsrate wie Inflationsrate werden 1974 stärker denn je von wirtschaftspolitischen Maßnahmen abhängen und können derzeit nur größenordnungsmäßig geschätzt werden. Die Annahme unveränderter Wirtschaftspolitik wäre zweifellos ohne jeden Realitätsbezug, explizit berücksichtigen läßt sich ein neuer Kurs noch nicht, weil die Maßnahmen erst getroffen oder wenigstens noch durchgeführt werden müssen.

Rascheres Produktivitätswachstum verzögert Belebung des Arbeitsmarktes

Das *Wachstumsmuster* der westlichen Industriestaaten wird immer deutlicher durch die Existenz zweier unterschiedlicher Ländergruppen geprägt: Der ersten gehören neben Frankreich die meisten kleineren europäischen Industriestaaten an (Belgien, Dänemark, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweiz). Ihr wirtschaftspolitisches Ziel ist in erster Linie der Ausgleich der Konjunkturschwankungen. Ein möglichst konstantes Wirtschaftswachstum soll durch flexible Handhabung des gesamten wirtschaftspolitischen Instrumentariums mit wechselnder Betonung der einzelnen Ziele je nach ihrer Gefährdung erreicht werden. Die Mitglieder der zweiten Gruppe, die meisten größeren Industriestaaten, waren in den letzten Jahren entweder in ihren Bemühungen um die Konjunkturstabilisierung weniger erfolgreich oder sie setzten sich von vornherein andere Ziele, etwa möglichst viel Preisstabilität, Ausgleich der Zahlungsbilanz bei gegebenen Wechselkursen oder Umverteilung der Einkommen.

Die Länder der ersten Gruppe hatten nicht nur in der Vergangenheit viel geringere Konjunkturschwankungen, sondern konnten deren Ausmaß auch in der letzten Konjunkturwelle weiter reduzieren: In keinem einzigen von ihnen sank die Wachstumsrate unter 3¼%, und es entstanden kaum ungenutzte Kapazitäten. Dementsprechend wird das Wachstum dieser Ländergruppe 1973 (mit etwas über 5%) unter dem europäischen Durchschnitt bleiben. Im Gegensatz dazu sank in jedem der Länder mit stärkeren Konjunkturschwankungen die Wachstumsrate in den

Übersicht 1

Brutto-Nationalprodukt				
	1971	1972	1973	1974 1. HJ.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
USA	27	64	7½	5½
Kanada	55	55	7	7
Japan	64	92	11	10½
Bundesrepublik Deutschland	27	29	6	6½
Frankreich	51	55	6	6
Großbritannien	15	30	6	5
Italien	16	32	5	6½
Große Industrieländer	33	58	7½	6½
Belgien	37	40	5½	5½
Dänemark	38	46	5	6
Finnland	23	57	6½	7
Irland	31	44	5	5
Niederlande	45	40	4	4
Norwegen	55	43	4½	5
Österreich	56	64	5½	6
Schweden	00	22	5	5
Schweiz	39	47	4½	4
Kleine Industrieländer	34	42	5	4
Sonstige OECD-Länder ¹⁾	52	55	7	7
OECD-Länder insgesamt	34	57	7	6
OECD-Europa	33	41	6	6
Gewichteter Durchschnitt (mit den österreichischen Exportanteilen)				
OECD-Länder insgesamt	29	39	5½	6
OECD-Europa	29	37	5½	5½

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen zu konstanten Preisen — ¹⁾ Griechenland, Portugal, Spanien, Türkei, Australien.

Übersicht 2

Industrieproduktion						
	1971	1972	1973	1973	Prognose	1973
			III. Qu.	IV. Qu.	Jän.	Feb.
	Veränderung gegen die Vorperiode in % ¹⁾					
USA	02	71	54	133	77	76
Kanada	44	62	00	214		
Japan	47	52	100	210		
Belgien	30	58	-110	310		
Bundesrepublik Deutschland	20	32	-25	175	71	10
Dänemark	35	60				6
Finnland	43	88	-22	404		8
Frankreich	60	69	95	93	339	7
Großbritannien	08	32	62	68	-177	7
Italien	-20	20	-81	331	-532	7½
Niederlande	68		00			9
Norwegen	34	33	00	78	00	76
Österreich	72	72	71	395		6
Schweden	-07	27	00	183	-222	8½
Schweiz	21	21	27	135		3½
OECD-Länder insgesamt	20	59	50	148		8½
OECD-Europa	27	46	25	151	00	8

Q: Berechnet aus OECD Main Economic Indicators. — ¹⁾ Saisonbereinigte Werte, Jahresraten; Prognose: OECD nationale und eigene Schätzungen.

letzten Jahren wenigstens einmal unter 3%, und ihre Kapazitätsauslastung lag 1972 meist unter dem Durchschnitt; dementsprechend werden sie 1973 um durchschnittlich einen Prozentpunkt rascher wachsen als die erste Gruppe. Zu Jahresende 1973 jedoch werden die Kapazitätsspielräume beider Ländergruppen voraussichtlich etwa gleich stark ausgelastet sein.

Übersicht 2

Höhe und Veränderung der Investitionen 1970 bis 1972

	1970	1971 ¹⁾	1972 ²⁾	1970	1971	1972	1972 gegen Ø 1967/68 in %
		Mill. S		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Industrie insgesamt	16.055	21.185	23.346	+ 33 8	+32 0	+10 2	+120 9
Grundstoffindustrie	3.225	4.599	4 123	+ 17 2	+42 6	-10 4	+128 8
Investitionsgüterindustrie	6.228	8.581	11.131	+ 47 7	+37 8	+29 7	+153 7
Konsumgüterindustrie	6.602	8.005	8.092	+ 31 1	+21 3	+ 1 1	+ 81 2
Bergwerke	369	414	465	+ 29 9	+12 0	+12 3	+ 99 6
Eisenerzeugende Industrie	1.281	2.106	3.464	+ 67 6	+64 3	+64 5	+300 9
Erdölindustrie	1.064	2.000	1.926	- 1 2	+87 9	- 3 7	+187 5
Stein- u. keramische Industrie	946	1.577	2.346	+ 4 5	+66 7	+48 8	+102 9
Glasindustrie	221	253	218	+ 72 1	+14 5	-13 6	+ 75 8
Chemische Industrie	2.181	2.522	2.861	+ 10 7	+15 6	+13 4	+101 2
Papierherzeugung	1.145	1.244	952	+ 68 4	+ 8 6	-23 4	+ 56 8
Papierverarbeitung	295	462	299	+ 81 8	+56 8	-35 4	+ 40 4
Holzverarbeitung	981	1.363	837	+129 8	+39 0	-38 6	+132 5
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	1.486	1.673	2.032	+ 20 7	+12 6	+21 4	+ 61 1
Lederherzeugung	31	40	48	+ 11 3	+30 8	+20 2	+182 4
Lederverarbeitung	138	198	188	- 7 6	+42 5	- 4 7	+ 86 1
Gießereiindustrie	256	258	427	+ 97 7	+ 0 5	+65 7	+258 8
Metallindustrie	270	198	237	+ 24 1	-26 6	+19 6	+ 1 3
Maschinen-, Stahl u. Eisenbau	1.284	1.670	1.621	+ 53 2	+30 1	- 3 0	+129 6
Fahrzeugindustrie	358	635	866	+ 56 6	+77 5	+36 4	+191 6
Eisen- u. Metallwarenindustrie	1.329	1.315	1.606	+ 55 0	- 1 1	+22 2	+148 2
Elektroindustrie	1.093	1.621	1.476	+ 70 9	+48 4	- 9 0	+141 2
Textilindustrie	856	1.184	1.078	- 6 3	+38 3	- 9 0	+ 49 5
Bekleidungsindustrie	471	452	399	+ 26 5	- 3 9	-11 9	+ 93 7

¹⁾ Bis 1971 endgültige Werte. — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse. Ohne Berücksichtigung des Revisionsverhaltens.

Konjunkturaufschwung mit starken Engpässen rechnen müssen, wenn das Erweiterungsprogramm 1972 nicht fortgeführt worden wäre. Zusätzlich dürfte die Einführung der Investitionssteuer ab 1973 die Unternehmer bestärkt haben, zügig weiter zu investieren. Gegen Jahresende zeichnete sich schließlich so-

wohl im Inland wie im Ausland wieder eine Nachfragebelebung ab. Wie unsicher die Konjunktüreinschätzung zunächst war, und wie sehr sie sich besserte, zeigt sich darin, daß die tatsächlichen Investitionen um 30% über den ersten Unternehmerplänen lagen.

Die Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten) ist auch 1972 weiter gestiegen und erreichte 35.300 S. Sie war wie immer im Grundstoffbereich (Erdöl- und chemische Industrie) am höchsten und im Bekleidungssektor am niedrigsten. Die Investitionsintensität im Investitionsgütersektor lag erstmals seit 1966 über dem Industriedurchschnitt, die Stahlindustrie erreichte erstmals die zweithöchste Investitionsintensität (nach der Erdölindustrie). Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent des Umsatzes) blieb mit 8,8% nahezu unverändert, da auch die Umsätze kräftig expandierten. Die Stahlindustrie investierte 20% ihres Umsatzes, die Lederverarbeitende Industrie nur 3%.

Strukturverschiebung innerhalb der industriellen Investitionen

Von den konjunkturellen Verschiebungen abgesehen zeigt sich innerhalb der Investitionen eine Verlagerung vom Konsumgüterbereich zum Investitionsgüterbereich. Während 1963/64 noch 46,4% der industriellen Investitionen auf Konsumgüter und 34,6% auf die Investitionsgüter entfielen, lag in den Jahren 1971/72 das Investitionsvolumen des Investitions-

Übersicht 3

Investitionskennzahlen

	Investitionsintensität ¹⁾		Investitionsquote ²⁾	
	1971	1972	1971	1972
	1.000 S		%	
Industrie insgesamt	32 5	35 3	8 9	8 8
Grundstoffindustrie	77 7	68 3	14 1	11 5
Investitionsgüterindustrie	31 0	39 3	9 4	10 5
Konsumgüterindustrie	25 3	25 5	7 1	6 5
Bergwerke	22 9	25 9	8 7	9 6
Eisenerzeugende Industrie	47 2	80 9	11 7	19 9
Erdölindustrie	228 6	225 5	15 7	14 6
Stein- u. keramische Industrie	54 0	79 7	15 4	16 3
Glasindustrie	24 2	22 3	10 5	8 7
Chemische Industrie	42 1	45 5	9 1	8 9
Papierherzeugung	71 1	58 5	15 5	11 6
Papierverarbeitung	43 8	29 1	12 4	7 4
Holzverarbeitung	48 9	28 7	15 0	7 7
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	31 9	38 9	5 0	5 6
Lederherzeugung	14 1	20 6	4 4	5 2
Lederverarbeitung	11 5	11 1	4 1	3 5
Gießereiindustrie	27 5	42 4	10 1	14 5
Metallindustrie	25 4	28 3	5 4	5 4
Maschinen-, Stahl- u. Eisenbau	22 6	22 2	7 3	6 3
Fahrzeugindustrie	21 8	27 5	7 5	8 1
Eisen- u. Metallwarenindustrie	21 9	24 6	7 1	7 4
Elektroindustrie	24 5	21 4	8 4	6 3
Textilindustrie	17 7	16 5	7 1	6 0
Bekleidungsindustrie	11 3	10 0	5 3	4 2

¹⁾ Investitionen je Beschäftigten. — ²⁾ Investitionen in Prozent des Umsatzes.

Agrarwirtschaft verbundenen Bereiche der Wirtschaft: Die Lieferanten von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, die Land- und Forstwirtschaft (als Kernbereich) und die Verarbeiter agrarischer Rohstoffe.

Ein effizienter Weg, die vielfältigen Liefer- und Bezugsverflechtungen einer Volkswirtschaft oder auch eines Teilbereiches davon quantitativ darzustellen und zu analysieren, ist die Input-Output-Rechnung¹⁾.

Statistische Unterlagen

Das Institut für Wirtschaftsforschung, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und das Österreichische Statistische Zentralamt haben eine Input-Output-Tabelle der österreichischen Wirtschaft für das Jahr 1964 erarbeitet, die demnächst veröffentlicht wird²⁾. Für diese Tabelle waren vorerst 67 produzierende Bereiche vorgesehen, die dann aus statistischen Gründen auf 54 reduziert werden mußten (die ursprüngliche Input-Output-Systematik ist den Übersichten 1 und 2 zu entnehmen). Die Sektoren wurden nach Dreistellern des betriebssystematischen Auszeichnungsschlüssels 1964 des Österreichischen Statistischen Zentralamtes abgegrenzt. Für den Agrarsektor wurde die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung übliche *funktionelle* Abgrenzung im wesentlichen beibehalten. Die übrigen Sektoren (außer Wohnungswirtschaft) sind *institutionell* definiert. Der Handel wird als Transitfunktion aufgefaßt, die Güter sind daher so verbucht, als ob sie vom erzeugenden Bereich direkt zum verbrauchenden Bereich liefen. Output des Handels sind seine Bruttospalten. Als Lieferungen und Bezüge werden im I. Quadranten der Tabelle (produzierende Sektoren) nur Zwischenprodukte und keine Investitionsgüter verbucht. Sowohl der Disaggregationsgrad als auch die Abgrenzung der Bereiche sind allerdings für die Analyse agrarischer Probleme nicht ideal.

Lieferungen und Bezüge werden in der Tabelle 1964 grundsätzlich zu *Erzeugerpreisen* bewertet. *Importe* werden als Lieferungen desjenigen Bereiches angesehen, der das jeweilige Produkt erzeugt hätte, auch wenn es eine entsprechende Erzeugung im Inland gar nicht gibt. So werden z. B. Baumwollimporte als Output der Land- und Forstwirtschaft an die Textil-

Industrie verbucht. Eine Importmatrix 1964 liegt derzeit ebenso wenig vor wie eine Investitionsmatrix.

Um einen besseren Einblick in die Land- und Forstwirtschaft zu bekommen und insbesondere Entwicklungstendenzen aufzeigen zu können, wurden im Rahmen dieser Arbeit die Bezüge und Lieferungen des Agrarsektors in den Jahren 1962, 1964, 1966, 1968 und 1970 analysiert. Dabei wurde zur Wahrung der Vergleichbarkeit mit der Tabelle 1964 die Definition und Abgrenzung der Sektoren laut ursprünglicher Input-Output-Systematik beibehalten; das gleiche gilt für die Bewertung zu Erzeugerpreisen, Verbuchung der Importe usw. Die Daten des Agrarsektors konnten auf 64 der vorgesehenen 67 produzierenden Bereiche verteilt werden. Eine Aggregation ist leicht möglich. Die Werte für 1964 wurden (leicht modifiziert) in die gesamtwirtschaftliche Tabelle aufgenommen. Die Lieferungen (Zeile) und Bezüge (Spalte) der Land- und Forstwirtschaft konnten für alle Jahre nach Inlandsproduktion und Importen aufgeteilt werden.

Die Land- und Forstwirtschaft wurde auch hier als ein einziger Sektor aufgefaßt. Verschiedene Versuche, den Agrarbereich in zwei oder mehrere Sektoren (Pflanzenbau, Tierproduktion, Forstwirtschaft) zu zerlegen, scheiterten bisher an der für Österreich typischen engen Verflechtung zwischen Pflanzenbau, tierischer und forstwirtschaftlicher Erzeugung im Rahmen der meist vielseitig organisierten bäuerlichen Betriebe, die eine Erfassung und Bewertung der Güterströme zwischen diesen Bereichen sehr erschwert. Auch eine Aufteilung der Vorleistungen, die von der übrigen Wirtschaft zugekauft werden, und der Primär-Inputs ist meist nur auf Grund grober Schätzungen möglich. Als Basis für die Errechnung der Input-Output-Verflechtung des Sektors Land- und Forstwirtschaft dienen die Unterlagen der *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung* (VGR) und die *Außenhandelsstatistik*. Dieser Ausgangspunkt erklärt auch einige Besonderheiten der Daten.

Für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist die Land- und Forstwirtschaft *funktionell* definiert, es gilt das „Bundeshof-Prinzip“³⁾. Das heißt, dem Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft wird die gesamte Erzeugung land- und forstwirtschaftlicher Produkte zugezählt, gleichgültig, ob sie in Betrieben anfallen, die überwiegend mit der agrarischen Produktion befaßt sind, oder in anderen Einheiten. Das gleiche gilt für die Vorleistungen. Die Zwischennachfrage des Agrarsektors umfaßt alle Bezüge an Betriebsmitteln und Dienstleistungen von

¹⁾ Der Begriff „Input-Output-Rechnung“ (zu deutsch: Einsatz-Ausstoß-Rechnung) schließt die Aufstellung der Input-Output-Tabelle und auch deren analytische Auswertung (Input-Output-Analyse) mit ein. Zur Theorie und Methodik der Input-Output-Rechnung sei auf folgende Werke verwiesen: J. Schumann, Input-Output-Analyse, Berlin 1968. — Problems of Input-Output Tables and Analysis, United Nations, Studies in Methods, Series F, Nr 14, New York 1966.

²⁾ „Input-Output-Tabelle 1964 für Österreich“, Wien 1973.

³⁾ D. h. die gesamte inländische Land- und Forstwirtschaft wird als ein Betrieb („Bundeshof“) betrachtet. Umsätze an agrarischen Erzeugnissen innerhalb der heimischen Land- und Forstwirtschaft werden nicht verbucht.

Übersicht 1

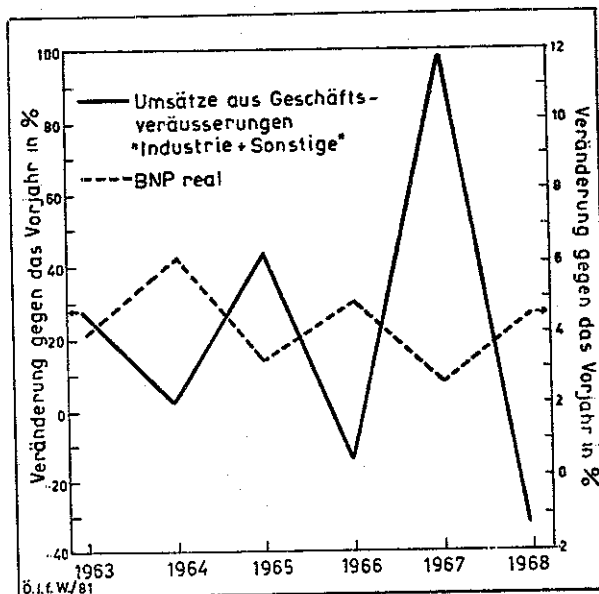
Entwicklung der umsatzsteuerpflichtigen „Geschäftsveräußerungen im ganzen“ 1960 bis 1969

	Fälle	Industrie ¹⁾		Industrie + Sonstige ¹⁾	
		Umsätze Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Umsätze Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %
1960	355	48 2		1.709	281 0
1962	279	72 9		1.399	329 8
1963	327	86 1	+ 18 1	1.512	420 8 + 27 6
1964	355	118 8	+ 38 0	1.545	424 6 + 0 9
1965	342	188 2	+ 58 4	1.657	600 8 + 41 5
1966	339	113 1	- 39 9	1.570	519 3 - 13 6
1967	300	463 8	+310 0	1.346	1.034 5 + 99 2
1968	293	101 4	- 78 1	1.374	696 0 - 32 7
1969	282	144 2	+ 42 2	1.413	419 9 - 39 6
1969/ 1960		-20 6%	+199 2%	-17 3%	+ 49 4%

Q: Umsatzsteuerstatistik, Jahrgänge 1960 bis 1969; eigene Berechnungen. —
¹⁾ Für Definition siehe Text.

„Sonstige“ angeführten Umsätze (unter der Bezeichnung „Industrie plus Sonstige“) untersucht.

Wie die obige Übersicht zeigt, ist die Zahl der Fälle, die nach § 7, Abs. 6 USTG der Umsatzsteuer unterliegen, nach beiden Definitionen („Industrie“, „Industrie + Sonstige“) zwischen 1960 und 1969 gesunken. Trotzdem haben sich die besteuerten Umsätze weit mehr als verdoppelt. Das Anfangs- und das Endjahr dieses Vergleiches sind so gewählt, daß sie ähnlichen Zeitpunkten innerhalb eines Konjunkturzyklus entsprechen. Die Abbildung zeigt, daß bei einer Zunahme der Wachstumsraten des Brutto-Nationalproduktes die Wachstumsraten der Umsätze aus Geschäftsver-

Entwicklung von Geschäftsveräußerungen im Vergleich zum Brutto-Nationalprodukt 1963 bis 1968¹⁾

¹⁾ Nach Redaktionsschluß wurden die Umsatzdaten für 1969 verfügbar:
Wachstumsrate BNP: + 5 9%.

„ Umsätze: -39 6%.

Der aufgezeigte Trend setzt sich also auch im letzten verfügbaren Jahr fort.

äußerungen abnehmen und umgekehrt. In Jahren mit relativ niedrigem Wachstum kommen mehr Betriebe in Bedrängnis und werden eher verkauft als in Jahren kräftigen Wachstums. Die Entwicklung von Geschäftsveräußerungen schwankt also gegenzyklisch.

Ausmaß des Eigentumswechsels in ausländische Hand in den sechziger Jahren

Es ist äußerst schwierig, das Ausmaß der Eigentumsübergänge von österreichischen Industriefirmen an Ausländer bzw. Beteiligungen durch Ausländer abzuschätzen, da es keine Voll- oder auch nur Teilerhebung gibt. Die einzigen vorhandenen Quellen, die sich mit ausländischen Direktinvestitionen in Österreich befassen, trennen nicht zwischen Neugründungen und Eigentumswechsel. Daher konnte die Höhe der Eigentumsübertragungen nur grob geschätzt werden.

Die Oesterreichische Nationalbank erfragt seit drei Jahren die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich sowohl in der Industrie, als auch bei anderen Firmen¹⁾. Zusätzlich werden Daten veröffentlicht, die sich mit der Eigenkapitalausstattung, der regionalen Aufteilung der Direktinvestitionen, den Kreditverpflichtungen der befragten Firmen und deren Größe (gemessen an den Beschäftigten) befassen. Um diese Quellen für die vorliegende Studie benutzen zu können, war es notwendig, die durch die Nationalbank erfaßten Direktinvestitionen in Übernahmen (Eigentumswechsel) aus den Jahren 1960 bis 1970 einerseits und in Neugründungen und alte Übernahmen andererseits zu trennen.

Da die Liste der von der Nationalbank befragten 467 Industrieunternehmen dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung nicht direkt zugänglich war, hat das Institut mit Hilfe anderer Quellen²⁾ eine zweite Liste erstellt, die alle bekannten unter ausländischem Einfluß stehenden Firmen in Übernahmen („Eigentumswechsel“) seit 1960 und andere („Gründungen und alte Übernahmen bzw. Beteiligungen“) teilt. Die Nationalbank hat dann dem Institut sowohl für die Institutslisten als auch für die in der Befragung der Nationalbank aufscheinenden Unternehmen branchenweise die Beschäftigtenzahlen (1970) und das Nominalkapital (für 1969 und 1970) zur Verfügung gestellt.

¹⁾ Siehe „Die Erhebungen der Oesterreichischen Nationalbank über ausländische Direktinvestitionen in Österreich“, Juni 1971.

²⁾ R. Ehrlich, Amerikanische Direktinvestitionen, Beilage 89 zu den Monatsberichten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Dezember 1970. — F. Jurkowitz, Die deutschen Direktinvestitionen in der österreichischen Industrie, Diss. Hochschule für Welthandel, Wien 1971. — O. Grünwald, F. Lacina, Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft, Europa Verlag, Wien 1971.

12½% (einschließlich der Stabilisierungsquote würden sich die Ausgaben um 15½% erhöhen). Sowohl das Bruttodefizit des Bundesvoranschlags 1973, das, ohne Berücksichtigung der Kreditaufnahmen von 8'90 Mrd. S in den ordentlichen Einnahmen, 20'1 Mrd. S betragen hätte, als auch der inlandwirksame Abgang (nach Ausschaltung der Schuldentilgungen, der Transaktionen mit dem Ausland und der Rücklagengebarung), der mit 14'0 Mrd. S ausgewiesen worden wäre, werden daher erheblich reduziert werden. Der präliminierte inlandwirksame Abgang 1974 von 2'1 Mrd. S ist auch dann erheblich niedriger als jener von 1973, wenn dieser auf etwa die Hälfte des ursprünglichen Ansatzes schrumpfte. Inwieweit sich auch die formalen Gebarungsabgänge des Voranschlags 1973 (Bruttodefizit 11'2 Mrd. S; inlandwirksames Defizit 5'1 Mrd. S) verringern, hängt davon ab, in welchem Ausmaß die Ermächtigung ausgenutzt wird, Kredite (bis zu 8'9 Mrd. S) aufzunehmen, die in den ordentlichen Einnahmen verrechnet werden können.

Übersicht 2

Finanzierungsrechnung
(Ohne Bundesbetriebe)

	1973 BVA	1974 BVA	einschl. Stabilisierungsquote Mill. S
Laufende Einnahmen	90.880	116.712	116.712
Laufende Ausgaben	-86.757	-100.346	-101.421
Laufender Überschuß (Sparen)	4.123	16.366	15.291
Minus Brutto-Investitionen	- 8.985	- 10.229	- 11.255
Kapitaltransfer (netto)	- 3.234	- 4.086	- 4.909
Vermögensänderung (netto)	- 782	- 793	- 840
Finanzierungssaldo ¹⁾	- 8.878	+ 1.258	- 1.713
Betriebsabgänge laut Gebarung	- 6.844	- 5.365	- 6.975

¹⁾ Der Finanzierungssaldo umfaßt die Finanztransaktionen (netto). Ein positiver Saldo bedeutet eine Kreditgewährung an andere Sektoren (einschließlich der Bundesbetriebe)

Die *Finanzierungsrechnung*, die aus methodischen Gründen die Kreditaufnahmen nicht enthält, zeigt die Saldendrehung des Bundesvoranschlags 1974 im Vergleich zu 1973 deutlicher. Während 1973 der Finanzierungssaldo ein Defizit von 8'88 Mrd. S aufwies, ergibt sich für 1974 ein Überschuß von 1'26 Mrd. S. Der Finanzierungssaldo verändert sich somit um mehr als 10 Mrd. S in restriktiver Richtung.

Diese Drehung wird vor allem durch die Veränderungen auf der Einnahmenseite verursacht. 1973 hatten die Steuerausfälle die Finanzierungslücke (und auch das hohe inlandwirksame Defizit) bewirkt, 1974 wird vor allem die Steigerung der Steuereinnahmen die kräftige Erhöhung des Überschusses in den laufenden Transaktionen nach sich ziehen. Dieser Überschuß reicht im Gegensatz zu 1973 aus, den gesamten Vermögenszuwachs und die Kapitaltransfers

der Hoheitsverwaltung im Grundbudget zu finanzieren. (Unter Berücksichtigung der Stabilisierungsquote ergibt sich eine Verschuldung von 1'7 Mrd. S.) Die Finanzierungsrechnung läßt erkennen, daß der Gebarungsabgang im Bundesvoranschlag 1974 ausschließlich durch die Schuldentilgung und die finanziellen Abgänge der Bundesbetriebe bedingt ist.

Der Rückgang der Betriebsabgänge von 6'84 Mrd. S (1973) auf 5'37 Mrd. S (1974) täuscht insofern, als der Bund ab 1974 einen größeren Teil des Abganges der Bundesbahn trägt. Den Bundesbahnen werden im Bundesvoranschlag 1974 5'57 Mrd. S (4'11 Mrd. S für Pensionen und 1'46 Mrd. S für die Abgeltung der Sozial- und Subventionstarife) gegen bisher 2'05 Mrd. S überwiesen, so daß sich ihr Gebarungsabgang erheblich reduziert.

Übersicht 3

Gebarung der Bundesbetriebe

	1973 gemäß Bundesvoranschlag	1974 ¹⁾ gemäß Wirtschaftsvoranschlag	1973 gemäß Wirtschaftsvoranschlag	1974 ¹⁾ gemäß Wirtschaftsvoranschlag
	Mill. S			
Bahn	-5.363	-2.998	-4.181	-1.748
Post	-1.575	-2.276	+1.088	+ 625
Bundesforste	+ 29	+ 50	+ 87	+ 129
Bundestheater	- 559	- 679	- 557	- 678
Monopole ²⁾	+ 614	+ 547	+ 608	+ 600
Übrige Betriebe ³⁾	+ 10	- 9	+ 43	+ 17
Gesamtgebarung	-6.844	-5.365	-2.912	-1.055

+ = Überschuß/Gewinn; - = Abgang/Verlust. - ¹⁾ Ohne Stabilisierungsquote - ²⁾ Salzmonopol. Glücksspielmonopol, Branntweinmonopol. - ³⁾ Staatsdruckerei Bundesapotheken Hauptmünzamt

Die Gebarungsabgänge der Betriebe, die den Budgetsaldo beeinflussen, werden fast ausschließlich von Bahn und Post verursacht¹⁾. Sie spiegeln jedoch die Ertragssituation der Betriebe nicht ausreichend wider. Betriebe mit einem (hohen) Nettozugang von Anlagen (Brutto-Investitionen minus Abschreibungen) und solche, die mit eigenem Personal Anlagen erstellen (die als aktivierte Eigenleistungen in der Gewinn- und Verlustrechnung Erträge darstellen), haben günstigere *Wirtschaftserfolge* als die Budgetgebarung vermuten läßt, weil im Budget Investitionen und der Personalaufwand für Eigenleistungen als Ausgaben verrechnet werden, denen keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen. Deutlich ausgeprägt ist dieser Unterschied bei der Post, die für 1974 mit einem Gebarungsabgang von 2'28 Mrd. S rechnet, auf Grund des Wirtschaftsvoranschlags hingegen einen Gewinn von 0'62 Mrd. S erwartet. Insgesamt wird für 1974 bei den Bundesbetrieben gemäß den Wirtschaftsvoranschlägen mit einem Verlust von 1'05 Mrd. S gerechnet, der das Budgetdefizit beeinflussende Gebarungsgang der Betriebe ist aber mit 5'37 Mrd. S präliminiert.

¹⁾ Überschüsse und Abgänge der übrigen Betriebe halten sich annähernd die Waage.

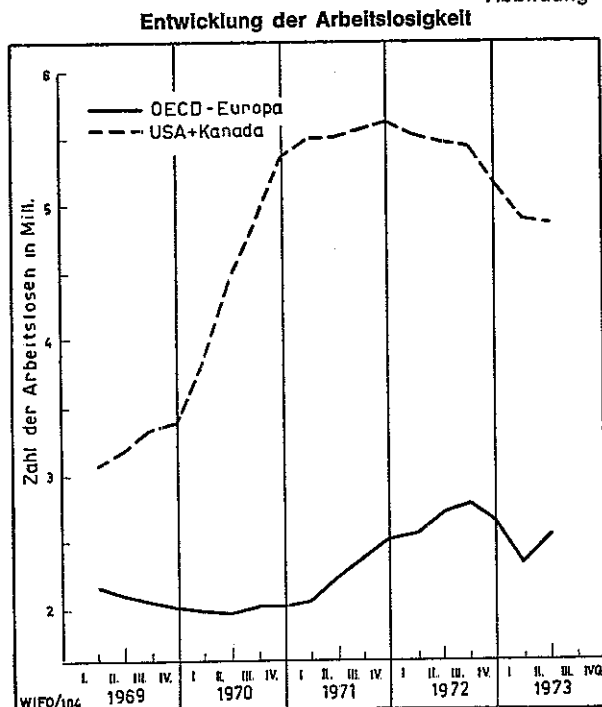
Übersicht 2

Industrieproduktion								
	1971	1972	1973			Prognose		
			I. Qu.	II. Qu.	Juli	Aug.	1973	1974
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
USA	0.1	7.9	11.7	9.7	11.3	8.5	9	2½
Kanada	5.1	6.9	9.7	9.0	10.9	7.0	9	6
Japan	3.0	6.8	18.3	19.6	18.9	17.8	18	11½
Belgien	3.0	5.8	7.5	5.3	1.2		7	6
Bundesrep. Deutschl.	2.0	3.9	8.8	8.3	4.1	8.8	7½	4
Dänemark	3.0	8.0					6½	7
Finnland	1.0	12.9	6.0	- 3.4	7.8	11.3	8	7
Frankreich	6.0	7.5	11.2	8.5	8.9	9.9	8½	6½
Großbritannien	1.0	3.0	14.9	8.7	12.9	10.1	9	4½
Italien	-1.0	5.1	1.0	9.3	19.6		7	8½
Niederlande	9.0	6.4	8.5	6.1	5.3	5.7	5	4
Norwegen	4.0	3.8	6.4	0.0	6.0	5.6	4½	4½
Österreich	7.2	7.2	5.9	6.7	10.9	6.0	6½	5
Schweden	-1.0	3.0	7.8	6.3	10.9	6.1	7½	8
Schweiz	2.0	2.0	5.0	4.8			5	3½
OECD-Länder insges.	2.0	3.9					9½	4½
OECD-Europa	3.0	4.9					7½	5½

Q: Berechnet aus OECD, Main Economic Indicators; Prognose: OECD nationale und eigene Schätzungen.

in einigen Ländern Rekordzuwächse und die offenen Stellen nahmen kräftig zu, andererseits blieb die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig hoch. In Nordamerika begann die Zahl der Arbeitslosen wohl schon im Winterhalbjahr 1971/72 zu sinken, doch war der Rückgang geringer, als auf Grund des Produktionswachstums zu erwarten gewesen wäre. In den europäischen Industrieländern stieg die Zahl der Arbeitslosen bis zum III. Quartal 1972 auf 2,8 Mill., um 0,2 Mill. mehr als im letzten Höchststand im II. Quartal 1967. Im Winterhalbjahr 1972/73 nahm die Arbeitslosigkeit in Europa wohl etwas ab, seit dem Frühjahr

Abbildung 1



erhöhte sie sich jedoch neuerlich. Für die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten gibt es verschiedene Erklärungen: Zum Teil stieg die Beschäftigung infolge demographischer Faktoren (USA, Kanada, Frankreich), zum Teil setzte sich der Gastarbeiterstrom kräftig fort (Österreich) und der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung (die Partizipationsrate) nahm rascher zu. Die gleichzeitig hohen Arbeitslosenzahlen lassen auf eine Zunahme struktureller und regionaler Arbeitslosigkeit schließen. Die kräftigen Lohnerhöhungen der letzten Jahre dürften in verstärktem Maße arbeitssparende Investitionen ausgelöst haben, was auch aus dem raschen Wachstum der Arbeitsproduktivität (Produktion je Arbeiter) hervorgeht.

Übersicht 3

Arbeitsmarkt

	1971	1972	1973 ¹⁾			
			I. Qu.	II Qu.	Juli	August
			1.000 Personen			
			Arbeitslose			
USA	4.993	4.840	4.396	4.357	4 196	4 217
Bundesrep. Deutschl	188	247	210	279	309	322
Dänemark	30	30	10	25	26	23
Finnland	49	57	53	52	54	..
Frankreich	337	380	366	376	401	413
Großbritannien	776	855	700	635	601	576
Italien ²⁾	613	701	660	818	618	.
Niederlande	62	108	101	121	118	122
Österreich	53	50	39	40	41	42
Schweden	45	48	47	46	46	47
			Offene Stellen			
USA ³⁾	88	127	165	191	200	232
Bundesrep. Deutschl	641	547	606	600	593	588
Frankreich	123	165	231	258	260	265
Großbritannien	176	189	294	359	428	445
Niederlande	107	63	59	63	70	73
Österreich	56	62	66	65	65	67
Schweden	36	32	32	35	35	35

Q: OECD, Main Economic Indicators. — ¹⁾ Saisonbereinigt. — ²⁾ Jeweils der erste Monat des Quartals. — ³⁾ In der Industrie unbereinigte Werk

Belegung der Unternehmensinvestitionen, mäßiger Lageraufbau

Die Struktur der Nachfrage entsprach weitgehend den Konjunkturerwartungen: Der Aufschwung wurde 1972 vom privaten Konsum und vom Haus- und Wohnungsbau getragen, heuer trat die Belegung der Unternehmensinvestitionen stärker in den Vordergrund. Verglichen mit früheren Konjunkturzyklen expandierte die Auslandsnachfrage besonders rasch, dagegen war der Lageraufbau eher mäßig. In den kommenden Monaten dürfte sich vor allem die Bautätigkeit stärker abschwächen, privater Konsum und Außenhandel werden langsamer, aber noch immer kräftig wachsen, Lagerbildung und Ausrüstungsinvestitionen werden die Konjunktur stützen.

Das Expansionstempo des *privaten Konsums* hat sich heuer etwas verringert. Die starken Preissteigerungen